

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Zwischenlösung für ein Bildungsticket unverzüglich umsetzen – bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für Schülerinnen und Schüler in Sachsen für das Schuljahr 2020/2021 noch ermöglichen!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. als Zwischenlösung für das Schuljahr 2020/2021 unverzüglich ein Bildungsticket zusammen mit den ÖPNV-Zweckverbänden zum 1. September 2020 einzuführen, in dem die von den Zweckverbänden geforderte Finanzierungsdifferenz zwischen den tatsächlichen Kosten für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern und dem Ausgabepreis für das Bildungsticket befristet bis zum 3. September 2021 vom Freistaat Sachsen vertraglich festgeschrieben und aus Landesmitteln erstattet wird.
2. eine Studie zur Kostenkalkulation für ein Bildungsticket ab dem Schuljahr 2021/2022 umgehend in Auftrag zu geben, in der die aktuellen Erfahrungen und Modalitäten mit ähnlichen Ticket- und Tarifmodellen in anderen Bundesländern einbezogen und deren Ergebnisse als Grundlage für die Vertragsverhandlungen mit den ÖPNV-Zweckverbänden um ein verlässlich und nachhaltig finanziertes Sächsisches Bildungsticket ab 2021/2022 zu berücksichtigen.
3. dem Landtag bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten, ob und wie ein neues Bildungsticket zum Schuljahr 2021/2022 eingeführt wird und wie sich die Nachfrage bisher entwickelt hat.

Dresden, den 13. Juli 2020

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

In mehreren Koalitionsverträgen haben sich CDU-geführte Staatsregierungen zur Einführung eines Bildungstickets in Sachsen verpflichtet.

In der Plenardebatte¹ zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Einführung des Bildungstickets zum Schuljahresbeginn 2020/2021 nicht gefährden – Staatsregierung muss jetzt handeln!“ am 29. Januar 2020 (Drs 7/892) entgegneten Vertreter der regierungstragenden Fraktionen :

- Andreas Nowak, MdL (CDU): „Sie als LINKE fordern heute einen Beschluss des Landtags zur Einführung des Bildungstickets. Ich könnte es jetzt kurz machen und sagen, alles bereits Regierungshandeln.“
- Henning Homann, MdL (SPD): „Wir haben das Bildungsticket wieder im Koalitionsvertrag verankert, und es wird kommen.“

In der Sächsischen Zeitung (SZ) vom 9. Juli 2020 wird dem entgegen aktuell berichtet, dass das Bildungsticket zum Schuljahresbeginn 2020/2021 nicht kommen wird.²

Hauptgrund für das Scheitern sei laut dem SZ-Artikel die Uneinigkeit darüber, wie hoch die Einnahmeausfälle bei den Verkehrsverbänden sein werden, wenn ein Bildungsticket eingeführt wird. Für die Erstattung dieser Ausfälle durch den Freistaat gebe es demnach sowohl eine Kostenkalkulation des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie eine von den betroffenen Verkehrsverbänden.

Bereits in der Haushaltsdebatte 2019/2020 hat die Antragstellerin in Zweifel gezogen, dass die insgesamt 75 Millionen Euro für beide Haushaltsjahre zur Finanzierung der drei Haushaltstitel 07 04 633 02; 633 03 und 633 04 ausreichen werden.

Die Sächsische Zeitung berichtet dazu: „Stattdessen [in das Bildungsticket] floss das Geld in das Azubi-Ticket, das Schülerfreizeiticket sowie in den Betrieb der Plus- und Taktbuslinien auf dem Land.“

Die notwendigen Gelder zur Überbrückung der derzeitigen Differenz zwischen der Berechnung der Zweckverbände und der Berechnung der Staatsregierung in Höhe von voraussichtlich 56 bis 72 Millionen Euro (~ 35 € bis 45 €³ bei ~ 400.000 Schülerinnen und Schülern für 4 Monate) sind daher als überplanmäßige Ausgabe für das laufende Haushaltsjahr bereitzustellen sowie entsprechende Summen im Haushaltsplanentwurf 2021/2022 zu berücksichtigen, um die mit diesem Antrag begehrte rechtzeitige Einführung des Bildungstickets zum 1. September 2020 für das gesamte Schuljahr 2020/2021 sicherzustellen.

¹ Vgl. [Plenarprotokoll 5/7](#) des Sächsischen Landtages

² Vgl. Rothe, M. in Sächsische Zeitung (Online) vom 09.07.2020: Bildungsticket: Sachsens Schüler müssen weiter warten

³ ebd.